Nr. 2824. **Mittwoch, 25 Januar. (Abend-Ausgabe.)** **1865**

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, zweimal, am Montage nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Gerbergasse 2) und auswärts bei allen Königl. Postanstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inserate nehmen an: in Berlin: A. Retemeyer, in Leipzig: Illgen & Fort. H. Engler, in Hamburg: Haasenstein & Vogler, in Frankfurt a. M.: Jäger'sche, in Elbing: Neumann-Hartmanns Buchhdlg.



Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angekommen 10 Uhr Vormittags.

Madrid, 25. Januar. Der Ministerrath beschloß gestern, aus der Gesetzesvorlage über die Vorwegerhebung der Steuern eine Cabinets-Frage zu machen.

(W.T.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Hamburg, 24. Januar. Die hier eingetroffene „Berlingsche Zeitung" dementirt die Nachricht der „Kieler Zeitung", daß die Nationalbank in Copenhagen die Auszahlung der Zinsen der schleswig-holsteinschen Schatzkammerscheine verweigere. Die Nationalbank in Copenhagen und ihre Filiale in Flensburg haben die fälligen Zinsen ausgezahlt. — Die Grenzregulirungs-Commission ist in Ribe versammelt. Baron Güldencrone hat Ordre erhalten, als Geschäftsträger nach Berlin abzureisen und wird daselbst bis zur Uebernahme des Postens durch einen Gesandten fungiren.

Hamburg, 24. Januar. Dem „Neuen Hamburg" zufolge sollen gegenwärtig Vermessungen zum Zwecke der Ueberbrückung der Elbe vorgenommen werden, nachdem hierzu bereits vor einigen Tagen hannoversche Ingenieure in Harburg eingetroffen sind. — Nach demselben Blatte ist der Senat bereit, auf die beantragte Einsetzung einer gemeinschaftlichen Commission des Senats und der Bürgerschaft zur Prüfung der Valutenverhältnisse einzugehen.

Paris, 24. Jan. In Rochefort ist der Candidat der Opposition Bethmont mit 13,000 gegen 9000 Stimmen gewählt worden.

Wien, 24. Januar. Die „Generalcorrespondenz aus Oesterreich" dementirt auf das Entschiedenste die Gerüchte von Berathungen politischer und militairischer Natur, welche nach den Mittheilungen ausländischer Blätter während des Besuches des Prinzen Friedrich Karl stattgefunden haben sollen.

Im Finanzausschusse wurde über die Herabsetzung des Budgets berathen. Bei der Abstimmung wurde die Ziffer des Gebahrungsdeficits auf 25 Millionen festgesetzt. Am Donnerstag werden die Verhandlungen fortgesetzt werden.

Triest, 24. Jan. Auf Veranlassung des Podesta traten zahlreiche Notabilitäten der Stadt zu einer Versammlung zusammen, und faßten den Beschluß, ein Comité einzusetzen, welches eine Loyalitätsadresse an den Kaiser erlassen sollte. Die Versammlung schloß mit einem dreimaligen Hoch auf den Kaiser.

Bremen, 24. Jan. Der Verwaltungsrath der Bremer Bank hat die Dividende für das Jahr 1864 auf 7³/₄ pCt. (18¼ Goldthaler pr. Actie) festgestellt.

Landtagsverhandlungen.

(Lind. L.-C.) 5. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 24. Januar.

Der Zudrang zu den Tribünen ist sehr groß. Auch die Hof- und Diplomatenlogen sind besucht. Anwesend sind: General-Feldmarschall Wrangel, der englische Botschafter, Staatsminister a. D. v. Auerswald 2c. Der Abg. Ziegler ist in das Haus eingetreten. Am Ministertische: v. Bodelschwingh, v. Mühler, Graf zur Lippe, v. Selchow, Graf Eulenburg.

Der Präsident Grabow zeigt an, daß der Abg. Reichensperger wegen einer Augenentzündung verhindert ist, der Sitzung beizuwohnen (Sensation).

Demnächst theilt der Präsident ein Schreiben des Ministers des Innern mit, nach welchem das Ministerium den Beschluß wegen Ungiltigkeitserklärung von v. Tettau's Wahl anerkennt, nicht aber den wegen Giltigkeit der Wahl von v. Saucken-Julienfelde. Der Minister hat eine Neuwahl angeordnet. (Den Wortlaut des Schreibens theilen wir morgen mit.) Ferner theilt der Präsident mit, daß Herr v. Saucken-Julienfelde geantwortet habe, daß, da eine Neuwahl bereits anberaumt sei und er dem schon vorhandenen schweren Conflict zwischen Abgeordnetenhaus und Staatsregierung nicht noch einen neuen hinzufügen wolle, er sich veranlaßt sehe, die Wahl abzulehnen.

Durch diese Erklärung, fügt der Präsident hinzu, sei der Gegenstand des Schreibens des Ministers des Innern gegenstandslos geworden und gebe er anheim, dasselbe für jetzt zu den Acten zu legen.

Abg. Frhr. v. Hoverbeck: Ich hatte allerdings die Absicht, einen Antrag zu stellen, da aber der Herr v. Saucken-Julienfelde die Annahme des ihm angetragenen Mandats selbst nicht für zeitgemäß erachtet hat, und wir noch ganz andere Conflicte mit diesem Ministerium werden aufzunehmen und zu lösen haben, so erachte auch ich jetzt diesen Antrag für nicht zeitgemäß und verzichte darauf.

Ein Antrag auf Vertagung der Adreßdebatte wegen der Erkrankung des Abg. Reichensperger wird abgelehnt und erhält somit das Wort der

Abg. Twesten: Der Umstand, daß die Majorität keinen Antrag auf Erlaß einer Adresse eingebracht hat, obgleich es sonst üblich war, rechtfertigt an sich den Antrag, die vorliegenden Entwürfe abzulehnen. Der Antrag auf Erlaß einer Adresse hat doch nur Bedeutung, wenn dieselbe durch die Annahme von Seiten der Majorität zur Aeußerung des Hauses erhoben wird. (Sehr wahr.) In keinem Falle dürfen wir die Vorfrage beseitigen, ob überhaupt eine Adresse von dem Hause gewünscht wird. Denn selbstverständlich ist es, daß auch keine Adreßdebatte wünschen wird, wer von einer Adresse selbst abzusehen gedenkt. Deßhalb muß erst das „Ob", dann erst das „Wie" erledigt werden. Es ist klar, daß die Majorität keine Adresse wünscht und Niemand wird Gründe für unser Schweigen fordern. Wir sprechen nicht, um hier ein glänzendes oratorisches Schauspiel zu haben, wir werden also immer schweigen, sobald wir nicht Gründe für das Reden haben. In den Motiven beider Adreßentwürfe hat der in der Thronrede ausgesprochene Wunsch nach einer Ausgleichung eine Hauptstelle gefunden. Es ist doch wohl unzweifelhaft, daß eine Adresse im Sinne der Majorität den entgegengesetzten Erfolg haben wird. Die Adresse des Hrn. Abg. Wagener und Gen. führt unter den Motiven auch den Umstand an, daß der König in Person den Landtag eröffnet habe und behandelt den Erlaß einer Adresse wie einen Act der schuldigen Courtoisie. Das aber ist von diesem Hause niemals als Motiv anerkannt worden. Die Thronrede ist ein Regierungsact, den wir auch nur als solchen zu behandeln haben, in so eminentem Sinne, daß von einem Act der Courtoisie nicht die Rede sein kann. (Sehr wahr.) Die letzte Adresse auf eine Thronrede ist im Jahre 1861 erlassen. Damals, bald nach der Thronbesteigung, sprach man die Hoffnung auf eine „weise Fortentwickelung" der Verfassung aus. Es ist dafür gesorgt, daß diese Hoffnung uns jetzt unmöglich mehr leiten kann. Seitdem hat dieses Haus auch keine allgemeine Adressen mehr erlassen. In die Zwischenzeit fallen einige Specialadressen, 1862 über die Beeinflussung der Wahlen, 1863 über die Uebelstände der etatslosen Regierung und zuletzt die in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit. Die Erfolge dieser Adressen sind bekannt: wir sehen keine Veranlassung, uns noch einmal mit derartigen zu ersichtlich erfolglosen Unternehmungen zu befassen. (Sehr wahr.) Wenn der Abg. Wagener sagt, daß auch die Ablehnung der Adresse allseitig richtig verstanden werden würde, so geht daraus hervor, daß dieses Provociren einer Adreß-Debatte nichts ist, als ein nicht allzu versteckter Schachzug, um die Majorität in Debatten zu verwickeln, die den Conflict nicht zu lösen, nein zu steigern bestimmt sind. Die Adresse des Herrn Reichensperger enthält Motive, die auch für die Majorität des Hauses als bestimmend gelten könnten, sie führt den Verfassungsconflict an und betont den Wunsch der Ausgleichung. Wenn der Adreßentwurf aber auch die Erwartung ausspricht, daß es gelingen werde, eine solche Ausgleichung herbeizuführen, so tritt hier der tiefe Zwiespalt in den Anschauungen hervor. Die Regierung hat nicht erklärt, daß sie ihren Standpunkt verlassen werde; die Majorität aber wird dies eben so wenig thun, — und so besteht das alte Verhältniß fort. Wir stimmen mit der Regierung darin überein, daß auch wir eine Erhöhung der Machtstellung des Staates nach Außen wünschen; wir stimmen überein in der Anerkennung der erfolgreichen, präcis und mit voller Hingebung ausgeführten Unternehmungen der Armee, dieses Theiles des preußischen Volkes. Aber die Regierung wird doch nicht im Ernste glauben können, daß die Erfolge die das preußische Volk erreicht hat, dasselbe preußische Volk zum Verzicht auf seine heiligen Rechte bestimmen werden? (Sehr wahr.) Sollte aber doch das preußische Volk diese eigenthümliche Ansicht der Regierung theilen, so würde die Majorität, welche diesen Standpunkt nicht theilt, eher ihr Mandat niederlegen, an ihrer Gesinnung würde sie festhalten. (Lebhafte Zustimmung.) Den Standpunkt der Regierung theilt die Partei des Herrn Wagener. Wir wissen, wie dieselbe überall, wo sie aufgetreten, den absolutistischen Tendenzen gedient hat, sie will selbst hier im Hause zeigen wie sie gegen die Verfassung Opposition macht, der Entwurf des Abg. Reichensperger hält denn doch wenigstens an den Grundlagen der liberalen Verfassung fest (sehr gut); dennoch ist einerseits Mehreres in dem Reichensperger'schen Entwurf nicht annehmbar, andererseits fehlt so Manches; was als dringender Uebelstand der Erwähnung bedarf. Man darf die Mißstände in der Justiz und Verwaltung, in der innern und äußern Politik nicht mit Stillschweigen übergehen (Bravo). Müssen wir uns nicht wundern, daß in einer Thronrede, für die doch die Staatsregierung verantwortlich ist, die im Polenprozeß verhängten als noch keineswegs rechtskräftig gewordenen Strafen einfach als „erkannte" bezeichnet werden? Wir können einen Ausdruck, wie den: „das verfassungmäßige Budgetrecht ist in Frage gestellt" nicht mehr als genügend anerkennen, wenn wir bei uns das constitutionelle Staatsrecht aus dem absolutistischen interpretirt sehen (sehr gut), ja, wenn es geradezu verletzt wird. (Bravo!) Auch die Erwartung, daß es gelingen wird, den geschehenen Ausgaben durch nachträgliche Genehmigung den Charakter der Verfassungsmäßigkeit zu geben, können wir nicht als begründet anerkennen. Dies mag bei Verwaltungs-Ausgaben, die im guten Glauben fortgesetzt sind, angehen, unmöglich wird es bei Ausgaben, die trotz ganz directer Verweigerung von Seiten der Verweigerungsberechtigten dennoch gemacht worden sind. (Sehr wahr!) Die Reichensp. Adresse spricht von Ausgaben, die während der Zeit, in der eine gesetzliche Regelung nicht möglich war, auf die persönliche Verantwortung der Staatsregierung gemacht worden seien. Alle hieran geknüpften Berathungen zerfallen in sich, da die Regierung vollkommen im Stande war, eine gesetzliche Regelung der Ausgaben herbeizuführen. Auch hat schon früher Hr. v. d. Heydt auf die Einführung der 2jährigen Dienstzeit als einen Weg den Conflict zu lösen aufmerksam gemacht! Nicht weil die gesetzliche Regelung unmöglich gewesen, sind dadurch ungesetzlich gewordene Ausgaben gemacht, sondern um die ungesetzlichen Heereseinrichtungen durchzusetzen, ist man Schritt für Schritt auf dem Wege der Verfassungsverletzung weitergegangen. Die von der Regierung unternommenen Interpretationen des Verfassungsrechtes sind erwachsen aus dem Bestreben, eine nicht verfassungsmäßige Sache zu halten. (Sehr wahr!) Aber wenn selbst die Militairfrage, dieser Hauptstreitpunkt, erledigt werden könnte, so ist doch volle Eintracht zwischen der Regierung und dem Lande nicht möglich, so lange die jetzigen Personen, so lange überhaupt das jetzige System am Ruder ist. Es liegen freilich gemeinsame Interessen vor, den Hauptpunkt des Streites zu lösen. Wenn wir auch daran verzweifeln müssen, in eine „weise" Fortentwickelung der Verfassung einzutreten, so müssen doch die Störungen, die aus dem budgetlosen Zustand hervorgehen, gehoben werden. Und auch der Staats-Regierung muß um ihrer Kräftigung im äußeren Auftreten willen an einer Lösung des Conflictes liegen. Trotz alledem können wir nicht hoffen, durch eine Initiative unsererseits zur Versöhnung beizutragen. Die Aufrechterhaltung der Reorganisation ist nicht vereinbar mit der Aufrechterhaltung der Landesrechte. Herabsetzungen des Etats durch frühzeitige Entlassung der Eingestellten und die hierdurch factisch herbeigeführte Abkürzung der Dienstzeit werden in der letzten Thronrede als unmöglich bezeichnet; eine Militairvorlage ist angekündigt, in officiösen und halbofficiösen Blättern bald angedeutet, bald dementirt, ein Manöver, das mit anderen napoleonischen Kunstgriffen zu uns gekommen ist. Aehnliche Widersprüche finden sich in den Anschauungen über den schwebenden Conflict, der in der Thronrede als ausgleichbar bezeichnet wird. Der Ministerpräsident hat es selbst ausgesprochen, daß ein Staat wie Preußen kurhessische Zustände nicht lange ertragen könne und dennoch liegt jetzt eine vierjährige Budgetlosigkeit vor. Nach dieser Behandlung des Budgetrechts sollte es für verfassungsmäßig gelten, daß die Staatsregierung über die Kräfte des Landes verfügen könne, ohne daß diesem Hause irgend eine Einwirkung gestattet würde. Eine Anerkennung dieser Auffassung der Regierung hieße dahin wirken, daß die Verfassung nicht den Namen einer Verfassung verdiente. (Sehr richtig! Graf Schwerin lebhaft zustimmend.) Hr. v. Manteuffel hat 1849 es für genügend erklärt für die Rechte der Landesvertretung, daß die Ausgaben nach Art. 99 gestrichen werden könnten, auch wenn der Volksvertretung das volle Steuerbewilligungsrecht nicht zustehe. Freilich ist dieses Recht des Art. 99 nur so lange in Kraft, als die Regierung an der Verfassung festhält. Ich kenne aber keine Lücke, welche diesem Recht widerstrebt. In diesem Punkte ist unsere Verfassung viel klarer als die älteste Verfassung. In der vorigen Session bestand das Entgegenkommen der Regierung in dieser Beziehung darin, daß dieses unzweifelhafte Recht der Volksvertretung rechtlich aufgehoben werden sollte. Mit der neuen Interpretation der Regierung nimmt sie sogar das Recht in Anspruch, Millionen, die weder auf den Etat gebracht sind, noch auf einem anderen gesetzlichen Titel beruhen, auf Grund bloßer Cabinetsbefehle auszugeben. Wir befinden uns dem gegenüber auf dem Standpunkt der bloßen Vertheidigung, indem wir fortdauernd dieses Recht bestreiten. Die thatsächliche Macht steht uns allerdings gegenüber, aber wir leben der Zuversicht, daß das Recht zuletzt doch immer den Sieg davon trägt. Die Wagener'sche Adresse stellt sich in dieser Beziehung vollständig auf den Boden der Regierung. Sie erwähnt ferner der Treue gegen die Verträge, welche die Erhaltung des Bandes sichere, das die deutschen Staaten umschlinge, ohne dabei zu bedenken, daß durch das Vorgehen der beiden Großmächte gerade im vorigen Jahre das Bundesrecht in Frage gestellt worden. (Hört, hört!) Die Lehren der conservativen Partei gehen allerdings dahin, daß sie leicht über Bord werfen, was in ihren Kram nicht paßt. So preisen sie jetzt den Erfolg des dänischen Krieges, obgleich sie im vorigen Jahre nicht gerade dafür begeistert waren, sie werfen sogar das Recht der Legitimität über Bord, wenn es ihnen unbequem scheint. Sie gedenken auch der Blüthe der Finanzen, welche nach der Thronrede es möglich gemacht hat, den dänischen Krieg ohne Anleihe zu führen. Es ist dies nur ein günstiges Zeugniß für uns, die wir materiell die Anleihe für unnöthig erklärt haben. (Sehr gut!) Es ist uns in der Schlußrede des Herrn Minister-Präsidenten der Vorwurf gemacht, daß wir nicht einmal die Verpflichtungen gegen den Bund eingelöst haben, und dies nachdem er am 15. Januar von den Bundesbeschlüssen sich losgesagt. (Sehr richtig!) Wir haben in der Commission die zur Ausrüstung der Marine und zum Kriege erforderlichen Mittel im Etat bewilligen wollen; dies hat aber der Herr Finanzminister zurückgewiesen, indem er auf einer Anleihe bestand. Die Wagener'sche Adresse beruft sich hinsichtlich der Reorganisation sodann auf den „sachverständigen Ausspruch" Sr. Majestät. Es ist kaum begreiflich, wie in einem officiellen Actenstück auf ein sachverständiges Gutachten der Krone provocirt werden kann! Es ist der Stellung der Krone weder würdig noch angemessen, (Lebh. Beifall.) Die Wagener'sche Adresse sagt ferner, daß „die Prärogative der Krone nicht als der Gegensatz der verfassungsmäßigen Rechte der Landesvertretung, sondern vielmehr als der bewährteste Theil der preußischen Verfassung zu betrachten sei." Das ist richtig, in sofern von den Prärogativen die Rede ist, die in der Verfassung stehen, nicht den Prärogativen, wie sie von den Conservativen aufgefaßt werden. Diese stehen nicht bloß mit der Verfassung, sondern mit jeder Volksfreiheit im vollkommensten Widerspruch. Die Anwendung solcher Prärogative zerstört jedes Band des Vertrauens, löst das Verhältniß gegenseitiger Rechte und Pflichten und verführt zu Maßregeln des Cäsarismus, die nur dem augenblicklichen Genuß der Gewalt dienen, ohne alle Rücksicht auf die Zukunft und das dauernde Wohl des Landes. (Beifall.) In dem Versuch, solche Prärogative zur Geltung zu bringen, wird die Majorität des Hauses, wie sie auch in einzelnen Fragen auseinander gehen möge, mit Einmüthigkeit Widerstand leisten. (Beifall.) Wir sind einig darin, das bereits erworbene Gut der Volksfreiheit zu erhalten. Der Weg, den wir dazu einschlagen, mag für Manche langweilig und mühsam sein, aber wir haben die Ueberzeugung, daß die Mehrheit des preußischen Volkes mit uns auf diesem Wege beharren wird. Wir sind durch die Umstände auf den unfruchtbaren Weg der Negative gedrängt, auf dem wir schimmernde Erfolge nicht erwarten dürfen. Wir arbeiten nicht um Erfolge für den heutigen und morgenden Tag, haben für die Zukunft des Vaterlandes zu sorgen, wir halten fest an Gesetz und Recht und zur Erhaltung dieser Stellung bedürfen wir für jetzt keiner Adresse. (Lebh. Beifall.)

Abg. Schulz (Borken): Eine Verdächtigung sei es,

wenn der Referent in einem Zusammenhange, wie er es gethan, behauptet habe, seine (des Redners) Gesinnungsgenossen hätten bei allen Wahlen mit der conservativen Partei zusammengestimmt. Im Uebrigen enthalte zwar das Referat allgemeine Klagen, aber kein directes Eingehen auf die Adresse. Wenn man auf die Erfolglosigkeit früherer Adressen sich beziehe, so hätte die Erfolglosigkeit eben in der Art und Weise jener Adresse gelegen (Widerspruch), darau, daß man Klagen gegen die höchsten Diener S. M. des Königs erhoben habe, und nicht nur Klagen, sondere bittere feindselige Anklage. Wenn solche Adressen bisher erfolglos geblieben seien, so möge man es jetzt eben einmal mit einer anderen Art versuchen. Man erhebt sodann gegen die vorliegenden Adreßentwürfe den Einwand, daß sie wesentliche Dinge verschweigen: Disciplinirung von Beamten, Maßregelung der Presse u. s. w., deshalb möge man eben einen versöhnlichen Schritt durch eine versöhnliche Adresse thun, um diesen Conflict zu beseitigen. Was Land und Volk wünsche, sei in dem von seinen Freunden vorgelegten Entwurfe ausgesprochen; wer daher dagegen stimme. versündige sich am Wohl des Landes, stelle seine Partei höher als das Vaterland. (Oho! Heiterkeit!) Wenn wirklich, wie neulich hier gesagt worden, kein Mitglied der Majorität durch Fractionsbeschlüsse gebunden sei, dann würden mindestens Dreiviertheile dem Zuge ihres Herzens folgen und der Adresse beistimmen. (Große Heiterkeit!) — Ich würde nicht wagen, dergleichen zu sagen, wenn nicht viele Mitglieder der Fortschritspartei mir gesagt hätten, daß sie jede versöhnliche Adresse unterschreiben würden. (Verwunderung.) Wählen Sie, m. H., deshalb den in der Thronrede vorgeschlagenen mildern, versöhnlichen Geist und nehmen Sie unsere Adresse an. (Beifall im Centrum) Der Schluß der Debatte wird mit geringer Majorität angenommen. — Abg. v. Ernsthausen protestirt dagegen, daß der Referent seiner Partei den Standpunkt des Absolutismus unterschiebe.

Abg. Osterrath als Antragsteller: Die Thronrede spreche den dringenden Wunsch aus, daß die bestehenden Differenzen eine Ausgleichung fänden. Nun sei es ein ziemlich altes Herkommen, daß auf eine Thronrede, gehalten durch den König selbst, eine Adresse des Hauses folge, und niemals habe dringendere Veranlassung zu einer Beantwortung vorgelegen, als gegenwärtig. Er und seine Freunde hätten geglaubt, es sei nöthig, alle Gegenstände untergeordneter Natur bei Seite zu lassen. Die Wege, welche die Majorität bisher gegangen, hätten zu den Zuständen geführt, in welchen man sich jetzt befinde und es sei wohl zu erwägen, ob das augenblickliche Verhalten der Majorität der richtige Weg sei. Man sollte der Minorität den Weg, eine Adresse zu erlassen, nicht verschränken, nachdem man die früheren Bemühungen derselben um Vermittelung abgelehnt habe. Ihm und seinen Freunden seien von allen Seiten des Landes zustimmende Worte zugekommen und sie hätten auch von verschiedenen Mitgliedern aussprechen hören, daß sie mit dem Inhalt der Adresse einverstanden seien.

Abg. Wagener: Es hat mir zur Befriedigung gereicht, daß Herr Referent die Fragen, welche hier schon oft discutirt worden, in so gemäßigter und sachlicher Weise erörtert hat; ich werde in gleicher Weise die Thatsachen einfach anführen und sie selbst sprechen zu lassen. Ich kann das um so leichter, als der Herr Referent die Adresse unserer Partei scharf und richtig interpretirt hat. Wir wollen eine Adresse, weil wir es nicht für statthaft halten, die in der Thronrede gebotene Königliche Hand zurückzuweisen und weil wir mit dem Herrn Präsidenten des Hauses eine ernste Darstellung der Sachlage für nöthig erachten. Wir wollen nicht sprechen, weil die Majorität schweigen will und um ihr Verlegenheiten zu bereiten, sondern weil Schweigen hier beredter ist, als Reden und Ihr Stillschweigen auf allen Seiten genügend gewürdigt werden wird. Es ist uns die Bezugnahme auf das sachverständige Gutachten S. M. des Königs vorgeworfen worden, wir sprechen aber von dem sachverständigen Ausspruch S. M. und das bedeutet etwas Anderes. Ein Motiv, an dem wir ferner festhalten, ist der Umstand, daß S. M. der König den Landtag in eigener Person eröffnet hat. Sie haben selbst hervorgehoben, daß am Schlusse der vorigen Session weitere Verhandlungen mit den Abgeordneten von der Regierung für unmöglich erklärt worden sind, beachten Sie daher den Widerspruch, in welchem die gegenwärtige Thronrede damit steht, als einen bestimmten Versuch der Versöhnung. Sodann müssen die Ereignisse des letzten Jahres alle Parteisonderung beseitigen, und Sie zu einer Versöhnung mit der Krone hinleiten. Der Herr Referent meint wohl, daß das Haus mit Ernst die Ausgleichung suche, die geschehenen Dinge alle Parteien mit Freude erfüllen, daß es aber dem Hause der Abgg. nicht möglich sei, sich auf den Boden des Unrechts zu begeben. Indessen ich meine, daß ein König von Preußen nicht weiter gehen kann in der Initiative zur Versöhnung, als dies hier in der Thronrede geschehen ist; wollte ein König von Preußen mehr Concessionen bieten, so würde er das Königthum in seiner Machtstellung und in seinem Begriffe schädigen. Auf dem Weg, den Sie wollen, ist eine Ausgleichung nicht möglich. Das Budgetrecht, welches Sie dem Abgeordnetenhause zusprechen, würde dem Königthum jede Unterstützung in der Verfassung rauben. Das ist auch die Ansicht der Regierung und Sie haben selbst zugestanden, daß die Regierung Ihre Auffassung eben so ernst meint, wie Sie die Ihrige. (Widerspruch.) Auch hat Niemand in diesem Hause das Recht, zu sagen, daß Einer hier nicht mit gutem Gewissen handele. Wenn Sie die Urtheile über die dänische Armee gelesen haben, werden Sie mir zugeben, daß dort dieselben Zustände getadelt werden, welche bei uns vor der Reorganisation existirten (Widerspruch). Auch wir haben stets das Zustandekommen des Etatgesetzes für nöthig gehalten, aber nicht gemeint, daß der jetzige Zustand verfassungswidrig sei. Der Theorie der Verfassungslücke habe ich mich nur in soweit angeschlossen, wie Sie selbst (Widerspruch); denn darüber spricht die Verfassung nicht, was geschehen soll, wenn ein Budget nicht zu Stande gekommen ist. Wir ergänzen das Fehlende aus dem traditionellen monarchischen Staatsrecht, Sie aber aus dem, was Sie constitutionelle Doctrin nennen, aus dem falsch verstandenem Staatsrecht anderer Länder, namentlich Englands. Aus den Ausführungen des Dr. Gneist aber habe ich gelernt, daß dort die Regelung der Verhältnisse des Unterhauses zur Krone nur Machtfrage ist, und daß ein Minister die Beschlüsse des Unterhauses ignoriren kann, wenn er die Macht dazu zu erringen weiß. (Heiterkeit.) Das Recht, über Krieg und Frieden zu entscheiden, kann und darf die Krone nicht aufgeben. Das Entgegenkommen ist in solchen Fällen vielmehr Sache des Hauses. Wenn man von der Regierung ein Entgegenkommen verlangt, so verlangt man, daß sie sich Indemnität ertheilen lassen soll, das heiße aber, daß sie ihrerseits ihr verfassungswidriges Handeln anerkennen soll. Das ist aber kein Compromiß. Und warum sollte man sich nach den Vorgängen des letzten Jahres mit der Armee-Reorganisation nicht einverstanden erklären, wenn man erwägt, daß die finanziellen Besorgnisse, die man dagegen erhoben hat, nicht zutreffend gewesen sind. Preußen ist durch sein Heer jetzt die activ bestimmende Macht (Heiterkeit). Sie, m. H., auf der Linken haben gesagt, daß die Regierung gezwungen worden sei, auf das von Ihnen in der schleswigholsteinischen Frage gestellte Programm einzugehen; ich gratulire Ihnen zu dieser Bescheidenheit; um so weniger haben Sie aber Anlaß, der Regierung entgegen zu treten. Wenn das Haus auf die Reorganisation des Heeres eingeht, ohne seine Schlagfertigkeit zu alteriren, so wird die Regierung gewiß auf billige Würsche eingehen, durch möglichste Verkürzung der Dienstzeit, in Betrachtnahme der Stellvertretung (aha!), durch Feststellung eines Contingentgesetzes 2c. Aber das kann nur geschehen, wenn das Haus sich auf den Standpunkt der Regierung stellt (Anhaltende Heiterkeit.) Ich will Sie nicht bitten, daß Sir unsern Adreßentwurf annehmen, denn Sie thun es doch nicht (Heiterkeit), aber ich rufe Ihnen zu, was von dieser Stelle aus schon gesagt ist, stellen Sie nicht über das Wohl des Vaterlandes die Consequenzen der Parteipolitik. Preußen kann vor Allem ein starkes, selbstständiges Königthum nicht entbehren, das zu schaffen und zu stärken, dazu müssen wir uns Alle die Hand reichen. (Zischen auf der Linken, Bravo auf der Rechten.)

Minister des Innern Graf Eulenburg: Ich kann die Abstimmung nicht vor sich gehen lassen, ohne Namens der Reg. die Genugthuung auszusprechen, daß wesentlich der Herr Referent dazu beigetragen hat, von Anfang an der parlamentarischen Discussion einen Ton des Anstandes und der Versöhnlichkeit aufzudrücken, den wir lange nicht gewohnt gewesen sind und der an bessere Zeiten erinnert. In der Sache selbst bin ich mit dem Herrn Referenten auch darin vollständig einverstanden, daß der Knotenpunkt unseres Auseinandergehens in der Militairfrage ruht und in den Consequenzen, welche sich an diese geknüpft haben. Wir — das jetzige Ministerium — haben einen Zustand vorgefunden, den wir nicht herbeigeführt haben und nicht herbeigeführt haben würden, wenn wir damals bestimmend hätten einwirken können. Aber das gegenwärtige Ministerium hat einen Zustand vorgefunden, den es nicht aufgeben und beseitigen konnte, ohne für die Rechte der Krone eine Verantwortlichkeit zu übernehmen, die es nicht übernehmen konnte. Wir selbst sind dadurch, — wir, sowie die Majorität dieses Hauses mehr oder weniger — in eine Stellung hineingedrängt worden, welche, wenn wir res integra vorgefunden hätten, niemals von uns eingenommen worden wäre. Nun aber, m. H., handelt es sich also darum, einen factischen Zustand zu beseitigen — einen Zustand, mit dessen Wegfall auch die Consequenzen, die sich daran knüpfen, wegfallen würden. Ich bitte, vergegenwärtigen Sie sich einen Augenblick den Gegenstand der Militairfrage. Denken Sie sich einen Monarch, der durch und durch Soldat, die Bedeutung seines Heeres für sich und sein Vaterland in tiefster Tiefe erfaßt hat, dessen Nachdenken und Sehnen es von früher Jugend an gewesen ist, die diesem Institute eine Einrichtung zu geben, welche dessen bisherige Kraft und Sicherheit garantirt und einer Ausbildung entgegenführt, die es auf der Stufe einer ersten Armee Europa's erhält; denken Sie sich einen Monarchen, der endlich dieses Mittel gefunden zu haben glaubt, der, auf welchem Wege es jetzt auch sei, provisorisch diesen Zustand herbeiführt und der denselben für so wichtig, seine Durchführung für so nothwendig hält, daß er selbst die Gefahr nicht scheut, das Land einem budgetlosen Zustande entgegen zu führen. Denken Sie sich einen darauf folgenden Krieg, einen siegreich geführten Krieg, einen Krieg, den das Heer mitgemacht hat, unter der Herrschaft dieser Organisation, und die sehr natürlich sich daran knüpfenden Schlußfolgerungen, daß man vielleicht auch ohne dieselben hätte siegreich sein können, daß man aber nicht so sicher, nicht so disciplinisch, nicht, wenn ich sagen darf, so elegant gesiegt hätte, als unter den Formen, welche in diesem Kriege ihre Bewährung und Berechtigung gefunden und bethätigt haben. Denken Sie sich daneben, daß die Gefahren, welche man an einen budgetlosen Zustand geknüpft glaubte, sich nicht als verhanden erwiesen haben. Und einem solchen Monarchen muthen Sie zu, von diesem seinem Werke, zu dessen Gunsten alle Thatsachen sprechen, zurückzutreten und zu sagen: „Ich und meine Regierung wollen die Verständigung auf dem Punkte und in der Weise suchen, daß ich einen Theil desjenigen Werkes zerstöre, welches Preußen groß gemacht hat!“ Das ist unmöglich, meine Herren, ganz unmöglich. Weder der jetzige Monarch Preußens, noch irgend ein König Preußens, so lange wir leben, wird in den Prinzipien dieser Armee-Reorganisation und an den gesetzlichen Bestimmungen, von denen er glaubt, daß sie nothwendige Correlate derselben sind, auch nur einen Funken hingeben, und die Könige Preußens werden länger bestehen, als die dreijährig gewählten Kammern. Wenn Sie mir zugeben, daß ich aufrichtig und wahr, und wie es vor Aller Augen liegt, spreche, so daß Sie sich selbst der Ueberzeugung nicht verschließen können, daß die Regierung in diesem Punkte nicht zum Nachgeben bewogen werden kann, dann, denke ich, thun Sie am Besten, wenn Sie die Militärfrage nicht zum Probirstein der Budgetfrage machen. Sie haben gekämpft für und wider die Zweckmäßigkeit dieser Organisation, für eine kürzere oder längere Dienstzeit; aber alle diese Fragen könnten für Sie so wichtig nicht sein, daß Sie mit besonderer Tenacität an ihnen hängen, wenn Sie nicht zugleich glaubten, daß mit der Vertheidigung dieser Frage die Vertheidignng des von Ihnen in Anspruch genommenen Budgetrechtes zusammenhinge. M. H.! Geben Sie die Idee, Ihr Budgetrecht an der Militärfrage zu probiren, auf; suchen Sie irgend ein anderes Thema, irgend einen andern Punkt, woran Sie glauben Ihr Recht geltend machen zu müssen! Ich glaube aber, Sie werden keinen finden, denn Sie werden die Regierung bereit finden da, wo nicht faktische Zustände es unmöglich machen, die Auslegung der gesetzlichen Paragraphen anzunehmen, auf der Sie bestehen. Lassen Sie dies Factum sich aus unsern Augen entziehen, aus der Welt verschwinden, dann wird es uns als eine Lehre dienen für künftige Zeiten, und dann wird der ganze Kampf, den wir seit 2 Jahren kämpfen, und der, wenn Sie in diesem Punkte nicht nachgeben, unabsehbar fortgekämpft wird, doch zum Heile des Vaterlandes dienen und mehr zur Entwickelung des Verfassungslebens beitragen, als Sie glauben. M. H.! Ueberlassen Sie die Bethätigung dieses Patriotismus nicht Ihren Nachfolgern, legen Sie so schnell als möglich Hand ans Werk, um Preußen einig zu machen und dadurch so groß und stark, als es verdient. (Bravo rechts!)

Abg. Dr. Loewe: Es ist unmöglich, nach den eben gehörten Worten die Debatte zu schließen. Sie sind unerhört in der Praxis des constitutionellen Lebens; wenn jemals, so hätte nach dieser Rede der König Ursache zu sagen: „Gott bewahre mich vor meinen Freunden, mit meinen Feinden will ich schon selber fertig werden.“ (Bewegung.) Wenn das die constitutionelle Staatspraxis ist, die uns in Aussicht gestellt wird, nachdem wir unseren Standpunkt aufgegegben, nachdem wir Alles geopfert haben, unsere Ueberzeugung für die Wohlfahrt des Landes, dann bedarf es keines Opfers mehr, dann ist die Sache abgethan. Auf seine Versicherungen sage ich dem Herrn Minister nur das: „Es ist schon einmal von einer höheren Stelle gesagt worden: „„Kein Blatt Papier soll zwischen Mir und Meinem Volke sein““, nun das weiß ich selbst, daß, so lange wir leben, sich das niemals ändern wird. Wir haben das „Niemals, niemals, niemals“ damals auch gehört und sehen jetzt dieselbe Partei nach demselben Punkt streben, den ihr Niemals damals ausschließen sollte. Ich meinerseits versichere, daß ich auf den Boden einer Verständigung, wie sie der Herr Minister vorschlägt, nicht treten kann und daß diese Verständigung das constitutionelle System in Preußen zu Grabe tragen wird. (Hört, hört!) Der Herr Minister hat ganz Recht, wenn er sagt: die constitutionelle Praxis entwickele sich an den vorhandenen Thatsachen, um welche der Streit sich dreht. Aber nach Beseitigung dieser Thatsachen, wird man den Streit nicht da fortsetzen können, wo er abgebrochen ist, sondern man wird ihn wieder von vorn anfangen müssen. Und so sehr, wie schon der Referent angedeutet, das Haus zur Verständigung bereit ist, so wird man ihm doch nicht ein Aufgeben dessen zumuthen können, was es als sein Recht erkannt hat, sonst ist mit dem Hause überhaupt keine Verständigung möglich! (Lebhafter Beifall.)

Abg Dr. Gneist (gegen Wagener): Er habe in seinen Werken nur gesagt: In England regiere der König, aber niemals interpretire er, und niemals dürfe ein Minister durch seine Interpretation sich zum Herrn der Verfassung machen, das sei der Punkt, den der Abg. Wagener und seine Freunde dauernd nicht verstehen (Heiterkeit.) Wir freuen uns über die Macht unseres Königs, wir würden uns aber noch mehr freuen, wenn er in der Lage wäre, nur durch die Gesetze zu regieren und nicht gegen die Gesetze. (Bravo) Weil wir das Bestreben haben, wollen wir keine Adresse, sondern erwarten die Vorlagen der Regierung.

Abg. Dr. Jacoby: Der Abg. Wagener hat mir die etwas zweideutige Ehre erwiesen, mich für seine Ansicht zu citiren. Er behauptet, daß auch ich die Verfassungsfrage als eine Machtfrage und nicht als eine Rechtsfrage betrachte. Ich muß diese Ehre von mir ablehnen, denn eine solche Auffassung widerstrebt sowohl meinem Rechtsgefühle, als auch meiner ganzen politischen Anschauungsweise. Ich verwerfe und verachte jede Macht, die das Recht nicht auf ihrer Seite hat (Bravo), und ich habe die auf historische Studien gegründete Ueberzeugung, daß das Recht jedesmal den Sieg über die Macht davonträgt, daß also durch das verfassungsmäßige Recht das preußische Volk über das Unrecht des verfassungswidrigen Ministeriums siegen wird. (Bravo.)

Abg. Wagener (Neustettin) citirt aus der Gneist'schen Geschichte der englischen Verfassung die Stelle, welche er im Sinne gehabt, die jedoch allerdings in der zweiten Auflage weggeblieben sein solle. Gegen Dr. Jacoby bemerkt er, daß er in der nächsten Sitzung ihm den betreffenden Passus aus einer seiner Reden entgegenhalten werde.

Abg. Aßmann (als Correferent): Mit Stolz blicken wir auf die Ereignisse des vorigen Jahres zurück und finden es begreiflich, daß nach den vollbrachten Kriegsthaten der Wunsch nach Versöhnung hervortrat. Aber wir sind hier dazu versammelt, den Blick nach Innen zu richten. Dort sind nicht nur die alten Klagen dieselben geblieben, sondern neue hinzugekommen und in der Presse hat nur das Lob der Regierung laut werden, die Volksvertretung geschmäht werden dürfen. Da ist dem Lande freilich jede Möglichkeit des Friedens genommen. Nur auf dem Gebiete wirklicher Concessionen kann der jähe Riß Heilung finden. Aber diesen wurde von conservativer Seite mit allen Mitteln der Sophistik und Intrigue entgegen gearbeitet. Redner schließt: In dem Augenblicke, wo Se. Maj. der König vom Throne aus den Wunsch nach Verständigung geäußert, können wir unsern versöhnlichen Sinn nur dadurch bekunden, daß wir, der Abhilfe unserer Beschwerden entgegensehend, der Herausforderung auf Abfassung einer Adresse aus dem Wege gehen. (Beifall.)

Bei der Abstimmung erklären sich für die Reichensperger'sche Adresse nur 24 Mitglieder, dagegen 275, ein ähnliches Resultat ergiebt die Abstimmung über die Wagener'sche Adresse. — Nächste Sitzung unbestimmt.

---

3. Sitzung des Herrenhauses am 24. Januar. In der gestrigen Sitzung des Herrenhauses ist der bereits mitgetheilte Adreßentwurf mit 84 gegen 6 Stimmen angenommen. Die Tribünen waren spärlich besucht, die Plätze im Saale ziemlich lückenhaft besetzt. Die Reden des Grafen Krassow und des Hrn. v. Senff enthielten sehr heftige Angriffe auf die Fortschrittspartei und die „demokratische Presse, gegen die nach der Meinung des letztern Redners die Regierung nicht strenge genug vorgehe“. Die Rede des Hrn. v. Bismarck ist in ihren wesentlichsten Sätzen bereits in der Morgennummer mitgetheilt. Näheres morgen.

Politische Uebersicht.

Die Militärnovelle ist im Herrenhause noch nicht vorgelegt, obschon verschiedene offiziöse Meldungen dies erwarten ließen. Wodurch sich die Vorlegung verzögert, ist unbekannt.

Die Abgeordneten Schulze-Delitzsch, Faucher und Gen. haben, wie gemeldet, beantragt, die §§ 181 und 182 der Gewerbeordnung von 1845 aufzuheben. Diese Paragraphen verbieten bekanntlich den Gewerbtreibenden, Gehilfen, Gesellen und Fabrikarbeitern die Verbindung und Verabredung gemeinschaftlicher Maßnahmen zur Erzielung einer Lohnveränderung bei Strafe von Gefängniß bis zu einem Jahr.

Die Nachricht, daß ein österreichischer Erzherzog demnächst nach Berlin reisen werde, wird in Wiener Nachrichten für unbegründet erklärt.

Mehrere auswärtige Blätter bringen die Nachricht, daß für das kommende Frühjahr eine Zusammenkunft der Kaiser von Oesterreich und Rußland und des Königs von Preußen in Warschau stattfinden werde. Wie ein offiziöser Correspondent der „Schles. Ztg.“ berichtet, weiß man dort gar nichts über eine solche Absicht.

Berlin. [Hagen.] Der Staatsanwalt hat, wie der „V.-Z.“ mitgetheilt wird, die Appellation in dem Disciplinarverfahren gegen den Abgeordneten Kämmerer Hagen zurückgenommen.

— Der Präsident des Abgeordnetenhauses hatte bisher in dem spärlichen Zuhörerraume eine kleine, sechs Besucher fassende Loge, zur Linken der Journalisten-Tribüne, zu seiner Verfügung. Dies Verhältniß ist vorgestern, wie die „B. R.“ hört, dahin abgeändert worden, daß dem Präsidenten Grabow diese Disposition entzogen ist, und die Loge künftighin für Ministerialräthe freigehalten werden soll.

— Der Berliner Unionsverein hat in seiner General-Versammlung am 21. Januar folgende Resolutionen angenommen:

1) Wir stimmen unserm Evangelischen Oberkirchenrath

bei, wenn er in seinem Erlaß an die Consistorien vom 8. December 1864 die Verhandlungen zwischen den badischen Anklägern Dr. Schenkel's und ihrer Kirchenbehörde als eine innere Angelegenheit der evangelischen Landeskirche Badens auffaßt, und demgemäß sich und die anderen preußischen Kirchenbehörden für incompetent erklärt, darüber zu Gericht zu sitzen. Wir mißbilligen deshalb jede auswärtige directe oder indirecte Intervention.

2) Die badische oberste Kirchenbehörde hatte bereits ihre Entscheidung in kirchenordnungsmäßiger Weise den badischen Geistlichen zugehen lassen. Wir müssen daher in der bedingungslosen Unterstützung der Ankläger Schenkel's, welche sich in ungesetzlicher Auflehnung gegen die eigene Kirchenbehörde befinden, eine bedenkliche Agitation zur Schwächung der Autorität der Obrigkeit erblicken.

3) Wiederholte Auslassungen des badischen Evangelischen Oberkirchenraths beseitigen für uns jede Besorgniß, daß er irgend einen Eingriff in seine Selbstständigkeit dulden, noch durch irgend welche Agitation und Massendemonstration sich bestimmen lassen werde, von seinem Recht zu weichen oder den protestantischen Grundsatz der freien wissenschaftlichen Forschung zu verleugnen.

4) Wir mißbilligen alle Gesammterklärungen in Bezug auf geschichtliche Thatsachen: indem wir an dem Grundsatze festhalten, daß die Wahrheit geschichtlicher Thatsachen, auch der Thatsachen des Lebens Jesu, ausschließlich auf dem Wege wissenschaftlicher Geschichtsforschung zu ermitteln sei. Weder Majoritäten, noch Autoritäten vermögen an dem geschichtlichen Bestande etwas zu ändern, weder wirkliche Thatsachen ungeschehen zu machen, noch Nichtgeschehenes in Thatsache zu verwandeln.

Der Vorstand.

Ulfert, Justizrath, Vorsitzender; Büsching, Geh. Hofrath a. D.; Gallenkamp, Director; Dr. v. Holtzendorff, Prof.; Dr. Krause; Lic. Lisco, Pred.; W. Müller, Pred.; Senz, Schulvorst.; Dr. Sydow, Pred.; Thomas, Pred.; Zacharias, Stadtrath; Zelle, Stadtrath.

— (B. Z.) In der Sitzung des Berliner Arbeitervereins am 23. d. M. fand eine Discussion über das allgemeine gleiche Wahlrecht mit geheimer Stimmabgabe statt. Die Discussion war eine sehr lebhafte. Die Besprechung über eine Petition in dieser Richtung wird in einer noch zu bestimmenden allgemeinen Arbeiter-Versammlung stattfinden. Für die nächsten Sitzungen sind Besprechungen über das Salz-Monopol und die Mahl- und Schlacht-Steuer in Aussicht genommen.

Frankfurt a. M., 22 Januar. Die vorgestrige, sehr zahlreich besuchte Generalversammlung des Nationalvereins in Offenbach votirte dem Präsidenten der preußischen Kammer Herrn Grabow einen Dank für die patriotischen Worte, die er beim Antritt seines Amtes in seiner zweiten Rede gesprochen.

Schweiz. Vor einem Vierteljahre wurde in Zürich ein Elternmörder, der von den Gerichten zum Tode verurtheilt war, von dem Großen Rathe zur Zuchthausstrafe begnadigt. In Folge dessen hat jetzt der Decan und Pfarrer Häfeli zu Wädenschwyl bei Zürich im Großen Rath — dessen Mitglied er ist — den Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe gestellt. Der Pfarrer Häfeli im Canton Zürich ist der erste Geistliche, der in einer Legislative die Aufhebung der Todesstrafe beantragt hat. Häfeli ist schon ein älterer Mann und gehört zu den geachtetsten Geistlichen der Schweiz. Am 23. d. kommt sein Antrag zur Berathung des Zürichschen Großen Raths.

Danzig, den 25. Januar.

* In der gestrigen Versammlung der Mitglieder des hiesigen Allgemeinen Consumvereins, deren Frauen ꝛc., welche zahlreich besucht war, hielt zunächst Herr Dr. Brandt einen sehr anziehenden Vortrag über das griechische Mahl. Vor der darauf folgenden Discussion, die sich auf Genossenschafts-Angelegenheiten bezog und an welcher u. A. die Herren Lange, Dr. Hein, Dr. Brandt, Schützmann, Demski ꝛc. theilnahmen, erstattete H. Rickert einen kurzen Bericht über die Thätigkeit des Vereins. Derselbe zählt gegenwärtig 128 Mitglieder und hat von Mitte Juni bis ult. Decbr. v. J. einen Markenumsatz von 3566 Rp. gehabt. Der dabei erzielte Netto-Gewinn beträgt ca. 240 Rp. Das höchste Mitglieder-Guthaben beträgt 13 Rp.

* [Schwurgerichts-Verhandlung am 23. Januar.] Der Handlungs-Commis Abraham Adolf Feldbrach, welcher eine Reihe von Jahren bei Herrn Kaufmann H. M. Herrmann hieselbst als Lehrling und später, vom Jahre 1862 ab, als Commis fungirte, war im Jahre 1861 in Schulden gerathen und kam auf die Idee, sich seiner Schuldverbindlichkeit durch Wechselfälschung zu entheben, und zu diesem Zwecke den Namen seines Principals zu mißbrauchen. Feldbrach fertigte einen von H. M. Herrmann auf den Hackenbüdner M. Lange in Starczyn gezogenen Wechsel über 49 Rt. 29 Sgr., zahlbar am 22. Nov. 1861, fälschlich an und discontirte denselben am 23. August 1861 bei der hiesigen Privatactienbank, indem er derselben zugleich eine gefälschte Verkaufsnote des Herrmann übergab. Feldbrach lebte gleichzeitig auf einem Fuße, der seinen Verhältnissen durchaus nicht entsprach, und brauchte daher schon einige Tage nach der ersten Fälschung Geld. Er stellte deßhalb am 2. September 1861 einen zweiten falschen Wechsel über 200 Rt., zahlbar am 22. November 1861, aus und discontirte denselben bei der hiesigen Privatbank. In dieser Weise hat es Feldbrach verstanden, zur Deckung der falschen Wechsel und Bestreitung der in Spiel ꝛc. verausgabten Summen eine Wechselreiterei mit falschen Wechseln bis zum 25. October v. J. zu betreiben. Er hat im Ganzen 93 falsche Wechsel über zusammen 83,719 Rt. 12 Sgr. und die dazu gehörigen Verkaufsnoten angefertigt und sämmtliche Wechsel bei der hiesigen Privatbank discontirt und bei derselben domicilirt, um einen Verkauf der Wechsel Seitens der Bank möglichst zu verhindern. Feldbrach ist bei der Fälschung ganz gleichartig verfahren. Er hat stets den Namen seines Principals als Aussteller, und als Bezogene beliebige Personen benannt, von denen er aus den Büchern seines Principals ersehen hatte, daß sie mit dem Letzteren in Geschäftsverbindung standen. Am 29. Oct. 1864 wurde der Betrug entdeckt. Zu dieser Zeit befand sich die Bank noch im Besitze von 12 derartigen falschen Wechseln im Gesammtbetrage von 12,541 Rt. Feldbrach wurde in seiner Wohnung verhaftet und bei dieser Gelegenheit fand man auf seinem Tische einen gefälschten Wechsel, ausgestellt am 25. October v. J., über 845 Rt. vor, welchen er bei der Bank zu begeben eben im Begriffe stand. Angenommen, daß F. im Laufe der Zeit eine Discontogebühr von 2000 Rt. bezahlt hat, stellt sich die Summe, welche er in noch nicht drei Jahren für sich verbraucht hat, auf mehr als 10,500 Rt. heraus. Er räumt sämmtliche Fälschungen ein und giebt an, daß er zur Deckung der auf falsche Wechsel erhobenen Summen einige 40 Loose in verschiedenen Lotterien gespielt und bei der Berliner Börse in Papieren Differenzhandel, aber unglücklich, betrieben hat. Feldbrach bezog als Commis einen jährlichen Gehalt von 200 Rt., machte dabei einen über seine Gage weit hinausgehenden Aufwand und spielte in verschiedenen Restaurationen zu hohen Summen. Um diesen Aufwand seinem Prinzipal gegenüber nicht verdächtig zu machen, wußte er glauben zu machen, daß er bei der Berliner Börse glücklich speculire und ließ auch einmal fälschlich eine glückliche Speculation von Berlin aus hierher telegraphiren. — Auf Antrag des Herrn Staatsanwalts v. Wolff wurde auch in der gestrigen Sitzung ein Brief F.'s vorgelesen, den derselbe im Gefängniß an seine Verwandten geschrieben, und der bei der Revision in Beschlag genommen. Darin ersucht F. seine Verwandten, direct oder indirect auf die Geschwornen, den Herrn Gerichtsdirector und den Herrn Staatsanwalt zu seinen Gunsten einzuwirken. Wenn dies mit „Verstand" geschehe, sei noch Hoffnung. — Der Vertheidiger des Angeklagten, Herr Justizrath Walter, suchte den Antrag auf Annahme mildernder Umstände durch die Jugend des Angeklagten (er war zwischen 17 und 18 Jahre, als er den ersten Wechsel fälschte), durch die Stellung, welche derselbe in dem Geschäfte als Vermittler des Wechselgeschäfts zwischen der Handlung Herrmann und der Bank einnahm, zu begründen. Der Herr Staatsanwalt v. Wolff führte indeß dagegen aus, daß der Angeklagte mit so viel Berechnung und Gewandtheit zu Werke gegangen sei, und daß er das ihm geschenkte Vertrauen so gröblich verletzt habe, daß die Annahme mildernder Umstände nicht gerechtfertigt werden könnte. Der Hr. Staatsanwalt unterstützte diese Ausführungen durch den Hinweis auf den verlesenen Brief. — Den Geschwornen wurden 93 Hauptfragen und 93 Fragen auf mildernde Umstände vorgelegt. Sie bejahten die Hauptfragen und verneinten sämmtliche Fragen auf mildernde Umstände mit mehr als 7 Stimmen. Nach dem Antrage des Herrn Staats-Anwalts verurtheilte der Gerichtshof den Feldbrach wegen mehrfacher Wechselfälschung zu 5 Jahren Zuchthaus, einer Geldbuße von 9300 Rt., event. noch 5 Jahren 8 Monaten 2 Tagen Gefängniß.

* Der Gesellenverein gab durch die am Sonntag Abend im Gewerbehause abgehaltene musikalisch-declamatorische Soirée einen neuen Beweis für seine lobenswerthen Bestrebungen. Es war nämlich ihr Reinertrag für den Hausbaufonds bestimmt und nicht minder diesem Umstande, als dem viel Abwechselung verheißenden Programm mag die so überaus zahlreiche Theilnahme der Freunde des Vereins an diesem Feste zuzuschreiben sein. Sämmtliche Aufführungen gingen recht gut von Statten und riefen allgemeinen Beifall hervor. Besondere Anerkennung fanden die Herren Schirmer, Reißmann und Dröß im declamatorischen Fache und Herr Lipczinski für die Leitung der Gesangsvorträge. Die Festlichkeit wurde durch ein kurzes Tanzvergnügen, wozu Mitglieder des Vereins bereitwilligst und unentgeltlich die Musik machten, geschlossen. Als Reinertrag konnte an den Hausbaufonds, der jetzt einen Bestand von 440 Rt. hat, die Summe von 31 Rt. 22 Sgr. abgeführt werden.

— Die Schifffahrtsschleuse zu Plehnendorf muß (einer Bekanntmachung der K. Regierung zufolge) wegen nothwendiger Baulichkeiten bis zum 1. März d. J. für den Verkehr geschlossen bleiben, auch wenn die Weichsel früher eisfrei werden sollte.

* [Traject über die Weichsel.] Terespol und Culm zu Fuß über die Eisdecke bei Tag und Nacht; Warlubien und Graudenz zu Fuß über die Eisdecke bei Tag und Nacht; Czerwinsk und Marienwerder regelmäßig mit Wagen bei Tag und Nacht.

+ Thorn, 24. Januar. Heute wählte der Magistrat den Polizei-Inspector für die städtische Polizei-Verwaltung. Gutem Vernehmen nach ist einstimmig — 9 Magistrats-Mitglieder waren anwesend — der Büreau-Vorsteher beim Kgl. Polizei-Präsidium zu Danzig, Herr Beyerle, für jenen Posten gewählt worden. Auch hören wir, daß der neue Etat für die städtische Polizei-Verwaltung, wie derselbe von den beiden städtischen Behörden entworfen worden ist, die Genehmigung der K. Regierung erhalten haben soll. — Aus Polen trafen am Sonntag und gestern telegraphische Mittheilungen ein, nach welchen der Wasserstand im Weichselstrom außergewöhnlich gestiegen ist und der Eisgang bereits seinen Anfang genommen hat. Bei Wloclawek ist der Strom bereits eisfrei. Hier haben die städtischen Behörden sofort Anstalten getroffen, um die Gefahr des Eisganges für die Weichselbrücken, namentlich für die alte über den linken Weichselarm führende, möglichst zu verringern und ist die Eisdecke um die Eisbrecher aufgeeist worden. — Die Witterung war bisher außergewöhnlich milde. Heute hat sich bei Süd-Süd-Ost ein starker Schneefall eingestellt. Auf den allgemeinen Gesundheitszustand hat die Witterung gottlob nicht nachtheilig eingewirkt.

Börsendepeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 25 Januar 1865. Aufgegeben 2 Uhr 15 Min.
Angekommen in Danzig 3 Uhr 40 Min.

		Lezt. Crs.			Lezt. Crs.
Roggen still,			Ostpr. 3½ % Pfandbr.	83¾	83¾
loco	34¾	35⅛	Westpr. 3½ % do.	83¾	83¾
Januar	34¾	34¾	do. 4 % do.	—	93¾
Febr.-März	34¼	34¼	Preuß. Rentenbriefe	97¼	97
Rüböl Jan.	$11^{17}/_{24}$	11¾	Oestr. National-Anl.	69¾	69¾
Spiritus do.	13⅓	13⅓	Russ. Banknoten	78¼	78⅛
5% Pr. Anleihe	106	106	Danzig. Pr.-B.-Act.	106½	—
4½% do.	102¼	102¼	Oestr. Credit-Actien	82⅜	81¼
Staatsschuldsch.	91	91	Wechselc. London	—	6. 20½

Fondsbörse: behauptet.

Hamburg, 24 Januar. Getreidemarkt unverändert Oel Mai 25¾, Oct. 25¾ Kaffee ruhig, Stimmung gut. Laut Depesche aus Amsterdam wird die nächste Kaffee-Auction Mitte Februar stattfinden und werden 87,000 Sack zur Versteigerung kommen; in den Auctionen im März bis incl Juni ungefähr dasselbe Quantum. Im Juli findet keine Auction statt. Im Zinkgeschäft matte Stimmung.

London, 24 Januar. Consols 89⅞. 1% Spanier 40½. Sardinier 80. Mexikaner 27¾. 5% Russen 91. Neue Russen 89½. Silber —. Türkische Consols 50. — Hamburg 3 Monat 13 Mk 7 ß. — Wien 11 Fl. 80 Xr. — Wetter kalt.

Liverpool, 24 Januar. Falls sich der Markt in Manchester bessert, ist auch für den hiesigen Baumwollenmarkt noch heute eine Besserung zu erwarten.

Upland 24½, fair Dhollerah 18¼, middling fair Dhollerah 17, middling Dhollerah 16, Bengal 11, Domra 17¾, China 13¾.

Paris, 24. Januar. 3% Rente 66, 80. Italienische 5% Rente 64, 75. 3% Spanier 42. 1% Spanier 40. Oesterreichische Staats-Eisenbahn-Actien 448, 75. Credit mob.-Actien 945, 00. Lomb. Eisenbahn-Actien 538, 75. — Die Börse war fast geschäftslos und die Haltung eine sehr träge.

Productenmärkte.

Danzig, den 25. Januar. Bahnpreise.

Weizen frischer gut bunt, hellbunt, fein und hochbunt 120/123 — 125/27 — 128/29 — 130/2℔. von 50/53/56 — 58/59/61 — 62/63/64 — 65/66/67½ Sgr. nach Qualität pr 85 ℔.
Roggen 120/24—126/128℔ von 36/37¾—38¼/38¾ Sgr.
Erbsen 40—46 Sgr. pr 90℔.
Gerste, kleine 105 — 110℔. von 25 — 31 Sgr., große 110—116℔. von 31—35 Sgr.
Hafer 21—24 Sgr.
Spiritus 13½ Rp. bezahlt.

Getreide-Börse. Wetter: Schnee und schwacher Frost. Wind: SW.

Für Weizen zeigte sich heute nur eine sehr geringe Kauflust, die Stimmung war matt und fernerer Rückgang der Preise steht in Aussicht. Umgesetzt sind 50 Lasten. Bezahlt für 129℔ blauspitzig fl. 327½, 129/30℔ dunkelbunt fl. 345, 127℔ hellbunt fl. 367½, 128℔ feinbunt fl. 375, 130℔ hochbunt fl. 390 pr 85℔. — Roggen gestrige Preise. 121℔. fl. 219, 121/2℔ fl. 222, 123℔ fl. 225, 125℔ fl. 228, 126℔ fl. 229½, 127℔. fl. 231, 128℔ fl. 232½, 128/9℔ fl. 234 pr 81⅚℔. — Weiße Erbsen fl. 258, 270 pr 90℔. — Grüne Erbsen fl. 267 pr 90℔. — Spiritus 13½ Rp. bezahlt.

Königsberg, 24. Jan. (K. H. Z.) Wind NO. — 3° Weizen unverändert flau, hochbunter 120/130℔. 50/68 Sgr. Br., bunter 120/130℔. 40/65 Sgr. Br., 109/110/121/122℔. 35/48 Sgr. bez., rother 120/130℔. 40/65 Sgr. Br., 123/124—125℔. 50¾/53 Sgr. bez. Roggen unverändert, loco 110—120/126℔. 30/34/37 Sgr. Br., 119/120/121/122℔ 33¼/34—34½ Sgr. bez.; Termine flau, 80℔. pr Jan. 35½ Sgr. Br., 34½ Sgr. Gd., pr Frühj. 38 Sgr. Br., 37 Sgr. Gd., 120℔. pr Mai-Juni 38½ Sgr. Br., 37½ Sgr. Gd. Gerste flau, große 95/112℔. 25/35 Sgr. Br., 111℔. 30¼ Sgr. bez., kleine 95/110℔. 25/35 Sgr. Br., 103/104℔. 28 Sgr. bez. Hafer matt, loco 70/82℔ 19/27 Sgr. Br., 50℔. 20 Sgr. bez. Erbsen still weiße 30/55 Sgr. Br., 40 Sgr. bez, graue 30/80 Sgr., grüne 30/52 Sgr. Br. Bohnen 51½ Sgr. bez. Wicken 47—52½ Sgr bez. Leinsaat ohne Kauflust, feine 108/112℔. 75—100 Sgr., mittel 104/112℔. 55/75 Sgr., ordinäre 96/106℔ 35/50 Sgr. Br. Winterrübsen 95/110 Sgr. Br. Kleesaat sehr fest, rothe 16/24 Rp. pr Ctr. Br., 23½ Rp. bez., weiße 14/22 Rp. pr Ctr. Br. Thimotheesaat 8/12 Rp. pr Ctr. Br. Leinöl ohne Faß 12⅔ Rp., Rüböl 12⅝ Rp. pr Ctr. Br. Leinkuchen 54/65 Sgr., Rübkuchen 50/52 Sgr. pr Ctr. Br. — Spiritus. Den 24. Jan. loco Verkäufer 14⅙ Rp., Käufer 13⅔ Rp. o. F.; pr Jan. Verkäufer 14⅙ Rp., Käufer 13⅔ Rp. o. F.; pr Frühj. Verkäufer 15⅔ Rp., Käufer 15⅙ Rp. incl. F.; pr Juli-Aug. Verkäufer 16⅔ Rp. incl. F. in monatlichen Raten; pr Sept. Verk. 16⅚ Rp., Käufer 16½ Rp. incl. Faß pr 8000 pCt. Tralles.

Bromberg, 24. Januar. Mittags — 1°. Weizen 44—46/48 Rp. — Roggen 27/29 Rp. — Gerste 25/27 Rp. — Erbsen 30/34 Rp. — Raps 84 Rp., Rübsen 82 Rp. — Spiritus 12⅔ Rp. pr 8000 pCt. Tralles.

Stettin, 24 Januar. (Ostf. Ztg.) Weizen wenig verändert, loco pr 85℔ gelber 46—53½ Rp. bez., 83/85℔. gelber Jan. 52¾ Rp. Br., Frühj. 54½ Rp. bez. u. Br., ¼ Rp. Gd., Mai-Juni 55¼ Rp. Br., 55 Rp. Gd., Juni-Juli 56 Rp. Br. u. Gd., Juli-Aug. 57½ Rp. Br., 57 Rp. Gd. — Roggen unverändert, pr 2000℔. loco 33½—34¼ Rp. bez., Jan 34 Rp. Gd., Frühj. 34¼ Rp. Gd., Mai-Juni 35¼ Rp. Gd. u. Br., Juni-Juli 36 Rp. Gd, Juli-Aug. 37 Rt. Gd. — Gerste 73—74℔. Märk. 30 Rp. zu machen, geringe 28½ Rp. bez. — — Rüböl matt, loco 11⅚ Rp. Br., Jan. $11^{17}/_{24}$ Rp. bez., April-Mai 11⅞ Rp. bez, ⅚ Rp. Gd., Sept.-Oct. 11⅚ Rp. Gd. — Spiritus unverändert, loco ohne Faß $13\frac{1}{12}$ Rp. bez., Jan.-Febr. 13⅙ Rp. Br., Febr.-März $13^{5}/_{24}$ Rp. bez. u. Gd., ¼ Rp. Br., Frühj. $13^{7}/_{12}$ Rp. Br., ½ Rp. bez. Mai-Juni 13⅞ Rp. Br. u. Gd., Juni-Juli 14⅙ Rp. bez. u. Gd., Juli-Aug. $14^{7}/_{12}$ Rp. Br. — Angemeldet: 20,000 Qrt. Spiritus. — Leinöl loco incl. Faß 13⅙ Rp. Br., pr April-Mai 12½ Rp. Gd. — Syrop, Englischer 7 Rp. tr. bez. — Sardellen, 1860er 12¼ Rp. bez.

Berlin, 24 Januar. Weizen pr 2100℔. loco 45—57 Rp. nach Qual., bunt. pomm. 50 Rp. ab Bahn bez. — Roggen pr 2000℔. loco neuer 35—¼ Rp. ab Bahn bez., Jan. 34¾—⅝ Rp. bez., Jan.-Febr. 34½ Rp. Br., ¼ Rp. Gd., Frühj. 34¼ Rp. bez., Br. u. Gd., Mai-Juni 35⅛—35 Rp. bez. u. Gd., ⅛ Rp. Br., Juni-Juli 36⅛—36 Rp. bez. u. Gd., ¼ Rp. Br., Juli-Aug. 36¾—⅝ Rp. bez. u. Gd., ¾ Rp. Br. — Gerste pr 1750℔. große 27—33 Rp., kleine do. — Hafer pr 1200℔. loco 20½—23½ Rp., Jan. 20¾ Rp. bez., Jan.-Febr. do., Frühj. 21½ Rp. Br., 21¼ Rp. Gd., Mai-Juni 22 Rp. Br., 21¾ Rp. Gd., Juni-Juli 22⅞ Rp. Br., Juli-Aug. 23⅜ Rp. Br. — Erbsen pr 2250℔. Kochw 42—50 Rp., Futterw 40—42 Rp. — Rüböl pr 100℔. ohne Faß loco flüssig 11⅚ Rp. Br., Jan. $11^{19}/_{24}$—¾ Rp. bez. u. Br., $11^{17}/_{24}$ Rp. Gd., Jan.-Febr. do., Febr.-März 11¾ Rp. bez., April-Mai $11^{19}/_{24}$—$^{11}/_{12}$—⅚ Rp. bez. u. Gd., 11⅞ Rp. Br., Mai-Juni 11⅞ Rp. bez. u. Gd., Sept.-Oct. $11^{17}/_{24}$—¾—$^{17}/_{24}$ Rp. bez. — Leinöl loco 12⅚ Rp. — Spiritus pr 8000% loco ohne Faß 13¼ Rp. bez., Jan. 13⅜ Rp. bez, $^{5}/_{12}$ Rp. Br., ⅓ Rp. Gd, Jan.-Febr. do., Febr.-März do., April-Mai 13⅔—⅝ Rp. bez. u. Gd., ⅔ Rp. Br., Mai-Juni $13^{23}/_{24}$—⅞ Rp. bez. u. Gd., $^{11}/_{12}$ Rp. Br., Juni-Juli $14^{7}/_{24}$—¼ Rp. bez, Juli-Aug. $14^{7}/_{12}$—$^{13}/_{24}$ Rp. bez., $^{7}/_{12}$ Rp. Br., ½ Rp. Gd., Aug.-Sept. $14^{11}/_{12}$—⅚ Rp. bez. — Mehl. Weizenmehl Nr. 0. 3⅔—3½ Rp., Nr. 0. u. 1. $3^{5}/_{12}$—3¼ Rp. Roggenmehl Nr. 0. 2⅚—$2^{7}/_{12}$ Rp., Nr. 0. u. 1. $2^{13}/_{24}$—2⅓ Rp. pr Ctr. unversteuert. — Consumenten waren versorgt, der Verkehr daher nur unbedeutend.

Vieh.

Berlin, 23. Januar. (B.- u. H.-Z.) An Schlachtvieh waren heute auf den hiesigen Viehmarkt zum Verkauf aufgetrieben: 1188 Stück Rinder. Obgleich die Antrifften gegen vorwöchentlich etwas schwächer an den Markt gekommen, bewirkte dies doch keine Preissteigerung und blieben die Notirungen ziemlich unverändert, so daß erste Qualität mit 16—17 Rt., zweite 13—14 Rt. und dritte mit 8—9 Rt. pr 100 ℔ Fleischgewicht bezahlt wurde. — 3859 Stück Schweine. Auch in dieser Viehgattung war die Zufuhr geringer als vor 8 Tagen; es hatten sich einige fremde Käufer am Markte eingefunden und, wenngleich hierdurch das Verkaufsgeschäft sich belebte, hatte dies keine Preiserhöhung zur Folge und galt beste feine Kernwaare 14—14½ Rt. pr 100 ℔ Fleischgewicht. — 2741 Stück Hammel. Der Hammelmarkt war sehr leblos, denn selbst schwere kernige Hammel waren nur zu mittelmäßigen Preisen verkäuflich; magere Waare war nicht an den Mann zu bringen. — 580 Stück Kälber. Große schwere Kälber fanden Käufer zu annehmbaren Preisen, leichte Waare wurde auch geräumt und mittelmäßig bezahlt.

Schiffsnachrichten.

* Laut Telegramm ist die Danziger Bark „Pauline", Capt. Rasch, gestern glücklich von hier in Hull angekommen.

Schiffslisten.

Neufahrwasser, den 24. Januar 1865 Wind: SO.
Gesegelt: King, Emerald, Sunderland, Holz. Schultz, Wien Hohenfelde, Hartlepool, Getreide.
Den 25. Januar. Wind NW.
Nichts in Sicht.

Familien-Nachrichten.

Verlobungen: Frl. Johanne Ringelmann mit Herrn Ferdinand Froese (Königsberg); Frl. Caroline Schnierholz mit Herrn Franz Knöpke (Königsberg-Braunsberg); Frl. Emilie Bode mit Herrn Bernhard John (Rheinswein-Jägerswalde); Frl. Bertha Adam mit Herrn Herrmann Eloesser (Sensburg-Insterburg).

Todesfälle: Herr Gerichts-Assessor Ernst Kob (Jedwabno); Herr Rittergutsbesitzer Martin B. Netke (Blankenau); Frau Gottliebe Krause geb. Seidel (Legitten); Frau Wilhelmine Lemke geb. Symanski (Sielacken); Herr Justizrath Georg Ludwig Oberkampff (Tilsit); Herr August Wilhelm Lobach (Königsberg); Herr Herrm. Burmeister (Danzig).

Verantwortlicher Redacteur H. Rickert in Danzig.

Meteorologische Beobachtungen.

Jan.	Stunde	Baromt.-Stand in Par.-Lin.	Therm. im Freien	Wind und Wetter.
24	4	334,79	— 3,8	SO. schwach, dick mit Schnee.
25	8	334.42	3,2	Nördl. do. dicke Luft.
	12	334.29	— 2,2	do. do. do.

Berliner Fondsbörse vom 24. Januar.

Eisenbahn-Actien.

Dividende pro 1863.		Zf.	
Aachen-Düsseldorf	3½	3½	98½ G
Aachen-Mastricht	—	4	39½ bz
Amsterdam-Rotterd.	6¼	4	113¾ bz
Bergisch-Märk. A.	6½	4	135¾ bz
Berlin-Anhalt	9½	4	183½ bz
Berlin-Hamburg	7½	4	141¾ bz
Berlin-Potsd.-Mgdb.	14	4	205 bz
Berlin-Stettin	8½	4	134 bz
Böhm. Westbahn	—	5	71½ bz
Bresl.-Schw.-Freib.	7½	4	136 bz
Brieg-Neiße	4½	4	84¾ B
Cöln-Minden	12 11/15	3½	198½ bz u G
Cosel-Oderb. (Wilhb.)	1½	4	56⅛ bz
do. Stamm-Pr.	4½	4½	84 B
do. do.	5	5	88½ bz
Ludwigsh.-Berbach	9	4	145 G
Magdeb.-Halberstadt	22⅝	4	213½ bz
Magdeburg-Leipzig	17	4	251 bz
Magdeb.-Wittenb.	3	3	72 B
Mainz-Ludwigshafen	7	4	129⅜ bz u G
Mecklenburger	2½	4	78 bz u B
Münster-Hammer	4	5	95½ G
Niederschl.-Märk.	4	4	97 bz
Niederschl. Zweigbahn	2¾	4	79½ bz

Dividende pro 1863.		Zf.	
Nord., Friedr.-Wilh.	3 1/12	4	73⅜, ⅛, ¼ bz
Oberschl. Litt. A. u. C.	10½	3½	159¼ bz
" Litt. B.	10½	3½	142½ G
Oester.-Frz.-Staatsb.	5	5	120¾-20-½ bz
Oppeln-Tarnowitz	2½	4	78⅝ bz
Rheinische	6	4	109½ bz
do. St.-Prior.	6	4	111½ G
Rhein-Nahebahn	0	4	27½ bz
Rhr.-Cref.-K.-Gladb.	5	3½	102½ bz
Russ. Eisenbahnen	—	5	77½ bz
Stargard-Posen	4½	3½	97¼ B
Oesterr. Südbahn	8	5	143½-¼-¾ bz u G
Thüringer	7½	4	128½ B

Bank- und Industrie-Papiere.

Dividende pro 1863.		Zf.	
Preuß. Bank-Antheile	7 7/16	4½	146 bz u G
Berl. Kassen-Verein	6	4	125½ G
Pom. R. Privatbank	5½	4	99 G
Danzig	6	4	106½ G
Königsberg	5 4/5	4	104¼ G
Posen	5 8/15	4	100 et bz u G
Magdeburg	4½	4	100½ G
Disc.-Comm.-Antheil	6½	4	100⅞ bz
Berliner Handels-Ges.	8	4	113 bz
Oesterreich	6	4	81¼-80¾-81¼ bz u G

Preußische Fonds.

Freiwillige Anl.	4½	102¼ G
Staatsanl. 1859	5	106 bz
Staatsanl. 50/52	4	97 bz
54, 55, 57	4½	102¼ bz
do. 1859	4½	102¼ bz
do. 1856	4½	102¼ bz
do. 1853	4	97¼ bz
Staats-Schuldsch.	3½	91 bz
Staats-Pr.-Anl.	3½	128 bz
Kur- u. N. Schld.	3½	89½ G
Berl. Stadt-Obl.	4½	103 B
do. do.	3½	89⅞ B
Börsenh.-Anl.	5	103½ B
Kur- u. N. Pfdbr.	3½	87½ bz
do. neue	4	98½ B
Ostpreuß. Pfdbr.	3½	83¾ G
do. "	4	93¾ bz
Pommersche "	3½	87¼ bz
do. "	4	98¼ bz
Posensche "	4	— —
do. neue	3½	— —
do. do.	4	94¾ G
Schlesische "	3½	92¾ G
Westpreuß. "	3½	83¾ bz
do. "	4	93¾ bz
do. neue	4	93 bz
Kur- u. N.-Rentbr.	4	97½ bz
Pommer. Rentenbr.	4	97⅛ bz
Posensche	4	95⅛ bz
Preußische "	4	96⅞ bz
Schlesische "	4	98⅜ bz

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metall.	5	62½ bz u B
do. Nat.-Anl.	5	69¾ bz u B
do. 1854r Loose	4	76½ B
do. Creditloose	—	73¼ G
do. 1860r Loose	5	83¼ bz
do. 1864r Loose	—	50½-¾ bz u G
Insk. b. Stg. 5. A.	5	72 B
do. do. 6 Anl.	5	86¾ bz
Russ.-engl. Anl.	5	89 bz
do. do.	3	53½ B
do. do. 1864	5	88½ bz
do. do. 1862	5	88⅛ bz u G
do. do. 1864 holl.	5	88½ B
Russ.-Pln. Sch.-O.	4	71¼ G
Cert. L. A. 300 Fl.	—	92½ B
do. L. B. 200 Fl.	4	— —
Pfdbr. n. in S.-R.	4	75⅜-¼-½ bz
Part.-Obl. 500 Fl.	—	89¾ bz
Hamb. St. Pr.-A.	—	— —
Kurhess. 40 Thlr.	—	54 G
N. Badens. 35 Fl.	—	30 B
Schwb. 10 Thlr.-L.	—	— —

Wechsel-Cours vom 24. Januar

Amsterdam kurz	5½	144¼ bz
do. 2 Mon.	5½	143¼ bz
Hamburg kurz	4	152⅞ bz
do. 2 Mon.	4	151⅞ bz
London 3 Mon.	6	6 20½ bz
Paris 2 Mon.	4½	80 bz
Wien Oester. W. 8 T.	5	87¼ bz
do. do. 2 M.	5	86¾ bz
Augsburg 2 M.	5	56 22 bz
Leipzig 8 Tage	6	99¾ G
do. 2 Mon.	6	99 1/12 bz
Frankfurt a. M. 2 M.	5	56 24 bz
Petersburg 3 Woch.	5	86¼ bz
do. 3 M.	5	85⅛ bz
Warschau 8 Tage	5	77⅞ bz
Bremen 8 Tage	5	110 bz

Gold- und Papiergeld.

Fr.Bk.m.R.	99⅝ bz	Napol.	5 10⅝ bz
" ohne R.	99¼ G	Louisd'or	110⅜ B
Oest.östr.W	87½ bz	Sovrgs.	6 21½ G
Poln. Bkn.	— —	Goldkron.	9 7 G
Russ. do.	78⅛ bz	Gold (Z)	460¼ G
Dollars	1 11⅛ bz	Silber	29 29½ G

Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.